

Kampfbogen

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erstausgabe nach dem Beschluss der Parteikonferenz vom 24. Okt. 1922, durch die Zeit 240 Bl. ohne Titel, Gebirg, Druck u. Verlag: Bruno Giesecke & Co. Halle-Merseburg, Grödenstr. 14, Halle, Seidenstr. 14, Fernr. 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Grödenstr. 12-14, 4-3 Uhr.

Der Einzelpreis beträgt 10 M. für den Vierteljahr und 40 M. für den Jahrespreis, an den bezugsfähigen Lesern. Anzeigen bis zum 1. Okt. 1922, größter tags vorher. — Postamt: Leipzig 1038 48, Zeit. Str. 14, Halle

Einzelpreis 10 Mark

Freitag, den 17. November 1922

2. Jahrgang, Nr. 270

Die Große Koalition „der Arbeit“

Generaldirektor Cuno mit der Kabinettsbildung beauftragt — Verkappte Diktatur des Großkapitals mit Hilfe der SPD. — Abwehrkampf aller Arbeiter

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 17. November.
Reichspräsident Ebert hat den Generaldirektor der Hamburg-America-Linie Cuno mit der Neubildung des Reichskabinetts beauftragt. Wie die „Völkische Zeitung“ zu melden weiß, will der Vertreter des Großkapitals die Herren Silberding, Rabenau und Dr. Müller von der SPD. mit in die Regierung nehmen. Cuno hat sich sofort mit Stinnes und Czierniakowski verständigt. Die Vereinigten Sozialdemokraten erklärten bereits, daß sie mit dem Kabinett der Großen Koalition einverstanden seien, wenn das Regierungsprogramm ihr zugehe.

Berlin, 17. November.
Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Generaldirektor Cuno der Hamburg-America-Linie hat gestern nachmittag und abend die Vorstehenden der Fraktionen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie über seine Absicht unterrichtet, ein Kabinett der Arbeit zu bilden, das sich, ohne ein ausgeprägtes Koalitionsabkommen zu schließen, in sein, auf alle Parteien hören soll, die auf dem politischen Programm an, das die Zustimmung der vier Parteien der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie gefunden hätte. Bei den Parteien der Arbeitsgemeinschaft hat die Kandidatur Cunos eine günstige Aufnahme gefunden. Wobei die Haltung der Sozialdemokraten hinsichtlich der Bildung der Koalition befriedigt habe, wegen der Verhinderung einer Kabinettsbildung durch Cuno seinen Einpruch zu erheben. Der „Vorwärts“ erklärt diesen Fraktionsbeschlüssen dahin, daß Cuno für die Sozialdemokratie nicht von vornherein ein unannehmbares Mandat ist, daß aber eine entsprechende Stellungnahme der Parteien erst erfolgen könne, wenn kein Programm und das von ihm vorgezeichnete Kabinett vorliegt. Was die Zusammensetzung des neuen Kabinetts anbelange, so habe Reichspräsident Cuno laut „V. Z.“ die Absicht, neben einer Reihe von parlamentarischen, einige Sachminister zu bezeichnen, die politisch der Deutschen Volkspartei angeschlossen. Von den Ministern des Kabinetts Wirth dürften der neuen Regierung Dr. Koelliker, Dr. Rabenau, Dr. Gieseler und Dr. Hermes angehören.

Das Kabinett das der Generaldirektor Cuno bildet, ist ein Kabinett, das die Interessen des Großkapitals rückhaltlos vertreten wird, ob es nun, wie es Ebert wünschte, unter dem Namen „Kabinett der Arbeit“, oder wie es jetzt heißt, „Kabinett der Arbeit“ auftreten wird. Grundsätzlich ist es die große Koalition eines Kapitalismus, durch das Stinnes eine brutale Diktatur mit Hilfe einiger Sozialdemokraten ausüben wird. Nicht umsonst sind die Hauptblätter des Herrn Stinnes, die „V. Z.“ und die „Völkische Wochenschrift“ von der Bildung Cunos ganz entzückt. Der neue Reichskanzler Cuno ist „V. Z.“ noch dem Reichspräsidenten ein Mann führen, der als Beamter die Interessen des Staates und als Reeder die Interessen der Meereswelt vertreten kann, auch fremde Länder zu beurteilen. — Und das „V. Z.“ erinnert daran, daß Cuno der erste der deutschen großen Reeder war, der einen Mann, der sich alles um die Welt, der Reichspräsidenten der Republik gewählt hat und der in Gesprächen seit langem eingetreten ist für eine Politik der breiten Mitte.

Generaldirektor Cuno ist also der Mann, wie ihn Stinnes als Beschäftigter der Großen Koalition nicht beherzigen kann und es liegt auf der Hand, daß in einem von ihm geführten Reichskabinett, in dem neben ihm noch einige „Kabinettsminister“ tätig werden, der Einfluß der Sozialdemokraten nur der sein kann, was die SPD. und die Gewerkschaften völlig in den Dienst von Stinnes zu stellen.

Die Namen, die bereits bis jetzt genannt sind, klingen schon dafür, daß das Kabinett Cuno die unannehmliche Stinnesdiktatur verkappt wird. Dr. Hermes ist bisher schon der Vertrauensmann von Stinnes gewesen. Gieseler ist seit gleichfalls als Vertrauensmann der monarchistischen Reichswehrminister wieder. Dr. Rabenau bietet durch seine bisherige Tätigkeit als Reichsjustizminister die Gewähr dafür, daß die konterrevolutionäre Weisse Kluft im Kaiserreich durch die konterrevolutionäre Stinnesdiktatur erst recht gegen das Proletariat wüten kann. Und in dem Kriegsbürokraten

Dr. Koelliker führt der Mann des braven Eberts und Koelliker im neuen Kabinett wieder. Kommt dazu noch der Reichsdirektor Thomas Silberding, dann wird es seine Aufgabe im Kabinett der Großen Stinneskoalition sein, den Marx-Plänen zu spielen, der als Theoretiker den Nachweis zu liefern hat, daß die Stinnespolitik die einzig mögliche Politik ist, die „ganz sicher“ zum Sozialismus führt.

Einige Worte noch zum Regierungsprogramm des Kabinetts Cunos, das bereits fest umrissen vorliegt in der letzten Note an die Reparationskommission. Die entscheidenden Maßnahmen, für die sich auch die Sozialdemokratie in der Antwort an die Reparationskommission mit verpflichtet hat, lauten:

Aufhebung erteilte wachsender Subsidien.
Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten.
Verminderung unproduktiver Ausgaben.
Verrückung der gegenständlichen Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, auf die wichtigsten Erfordernisse.
Produktive Schließung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität.
Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft.
Außerdem: Deutschland muß alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen.

Cuno nennt zudem sein Kabinett ausdrücklich ein „Kabinett der Arbeit“. Das ist das Programm von Cuno, das er in seiner großen Rede im Reichstagsklub angekündigt hat. „Wir müßt arbeiten und noch einmal arbeiten und immer wieder arbeiten! Arbeiten ohne Unterbrechung der Mehrstunden — zehn bis fünfzehn Jahre lang, anders ist keine Rettung möglich.“ Das soll das neue Kabinett, das sollen die SPD. und die Gewerkschaften den Arbeitern lazen.

Arbeiten und wachsender Subsidien, zehn bis fünfzehn Jahre, das ist das Programm des Kabinetts der Arbeit, das der Generaldirektor Cuno bildet. Die Front des Kapitals hat sich gebildet, die sozialdemokratischen Führer stehen in dieser Front. Die Front der Arbeiter ist in der Bildung begriffen, um der Hungerkassenlinie des Kapitals zu begegnen. Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Der Kampf muß ansetzen, und er muß als Abwehrkampf der Arbeiter mit aller Energie und Geschlossenheit geführt werden!

Vor dem Abbruch des Streikes in Düsseldorf

(Eigene Drahtmeldung)

Düsseldorf, 17. November.
Gegen den Willen der Betriebsräte weigerten sich die Gewerkschaften, den Generalstreik zu proklamieren und beizutreten dem Weg der ausschließlichen Verhandlungen. Inzwischen beginnt der Polizeiterror. Die Regierung hält noch Hunderte von Arbeitern wegen der Hungerunruhen gefangen. Gegen 200 Arbeiter soll ein Verbot gegen Versammlungen ausgesetzt werden.

Am Mittwochnachmittag lagte ein Verbandsmännerverammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die erste Resolution des Streikbeschlusses. Anschließend fand erneut eine Betriebsräteversammlung statt, die von abends 10 Uhr bis Donnerstag morgen 6 1/2 Uhr lagte. Trotzdem die anwesenden Gewerkschaftsverbände sich sämtlich gegen den Generalstreik ausgesprochen wurde er mit Mehrheit beschlossen. Daraufhin lehnten die Gewerkschaftsverbände abzugeben war, eine Streikkommission zu wählen, die vorläufig die Leitung des Streiks in die Hand nahm, bis die Gewerkschaftsverbände in ihrer Sitzung am Donnerstagabend sich entschieden haben.

Am Donnerstagmorgen stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern scheiterten an dem annehmenden Herrenlandpunkt der Unternehmer. Die Verhandlung der Gewerkschaften, der Streik, daß es alles um während dem Streik so früh wie möglich zu beenden, hat die Unternehmer erst recht übermäßig gemacht.

Gestern, Donnerstag, nahmen die Gewerkschaftsverbände und im Anblich daran die freigezwungenen Betriebsräte erneut zur Streikfrage Stellung. Die Gewerkschaftsverbände weigerten sich, den Generalstreik zu proklamieren. Da die Betriebsräte es vorziehen wollen, daß der Streik gegen den offenen Widerstand der Gewerkschaftsverbände und ohne Unterstützung der Betriebsräte weitergeführt wird, so wird der Betriebsräteversammlung nichts übrig bleiben, als sich dem Befehl der Gewerkschaftsverbände zu fügen.

Polizeiterror in Düsseldorf

(Eigener Drahtbericht)

Düsseldorf, 17. November.
Die Kommunistische Partei hatte zu gestern abend zu einer großen Versammlung im Zoologischen Garten angetreten, das dort bereits gemietet und bezahlt und die beschriebene Genehmigung erhalten. Nach Bekanntmachung der Versammlung erklärte der Oberbürgermeister telefonisch, daß in den nächsten Tagen keine öffentlichen Fälle zu Versammlungen mehr zur Verfügung gestellt würden und daß er gegebenenfalls die Versammlung zu verbieten wisse.

Zum Reichsbetriebsrätekongress

Staatsmonopole

Die staatliche Kontrolle der zentralisierten Banken und Trusts ist die erste Maßnahme einer Arbeiterregierung zur Beherrschung der Wirtschaftsansarchie, die die Bevölkerung Deutschlands in die gegenwärtige Katastrophe gebracht hat.

Der Staat, freilich nicht mehr jenes bürokratische, wadlige Ding, das heute ein Spielball in den Händen der Stinnes (und nach Bedarf, der Fühlhosen) ist, übernimmt damit bestimmte Monopole. Er tut damit das Beste, nur zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung, was heute, ohne das „beredigt“ zu sein, die Transaktion zu ihrem eigenen „Wohle“ tun.

Wir haben betont, daß diese ersten Kontrollmaßnahmen keine Eingriffe in die privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse bedeuten. Aber daß sie Eingriffe in die Freiheiten der Privatunternehmer sind, das kann nicht geleugnet werden. Solche Eingriffe in die Produktionsverhältnisse sind nichts Neues, während des Krieges wurden doch die besitzlichen Eingriffe des bürokratischen, bürokratisch-kapitalistischen Staates in die Produktionsverhältnisse und damit in die „bestimmten Rechte“ der Herren Unternehmer über den grünen Klee gemessen. Nun wohl, heute droht der wertvollen Bevölkerung eine noch größere Gefahr als im Kriege. Die Eingriffe in die Verfügungsrechte der Unternehmer sind also gerechtfertigt.

Müssen die Monopole, die sich die Arbeiterregierung schaffen muß, außer besser funktionieren, als die bürokratisch kontrollierten Monopole der Kriegszeit, die wiederum den Unternehmern teure Profite brachten. Wenn je das Wort wahr war: „Das gesamte Volk ist in Lebensgefahr“, so ist es heute wahr. Da sollte doch kein Zweifel daran bestehen, daß die „patriotischen“ Unternehmer alles opfern werden für „ihre Volk“. Und damit ihnen die Sorge für das Wie des Opfern abgenommen wird, muß die Arbeiterregierung ihnen unterstützen, wie sie zu „opfern“ haben.

Die famosen Mietverträge der Stinnes, die er mit Überlauf abgeschlossen hat, haben, wenn das noch nötig war, wiederum gezeigt, daß ein staatliches Wohnbaubankmonopol unumgänglich notwendig ist. Die Durchführung ist leicht, sowie der Staat Banken und Großkapital kontrolliert. Wenn auch die Eigentumsrechte der Unternehmer zunächst nicht angetastet werden brauchen, so darf doch kein Schritt mit dem Ausland geschlossen werden, der nicht staatlich geprüft und genehmigt worden ist. Die Gefahr bürokratischer Verschleppung besteht hierbei keineswegs. Im Gegenteil. Da die Kontrolle der Banken und Großtrusts unumverfälscht geschieht, sowie nur die Massen der wertvollen Bevölkerung selbst daran interessiert sind, ist doch so viele Kräfte frei geworden, die sich heute — trotz des Sozialistisches Fanatismus der Herren Stinnes — lediglich mit bürokratischen Verwaltungsgeschäften der einzelnen Banken und Unternehmern befassen, daß sowohl sie, wie die staatlichen Kontrollorgane mit Leichtigkeit die neue Arbeit übernehmen können. Freilich werden dabei den Stinnes teure Profite entgehen — aber das soll vor dem Abbruch nicht sein, werden die Unternehmer gewiß gern auf ihre eigenen „materiellen Vorteile“ (über die sie jetzt, wenn sie anderen zulaufen) verzichten; und wenn nicht — nun, so wird man je zum Verzicht zwingen. Wenn erst die breitesten Massen diese einfache Aufgabe begriffen haben, wird den Stinnes das Verzeichnis sehr schnell beigebracht werden.

Eine zweite Art von Monopol, die dringend notwendig ist, besteht sich auf der Lebensmittelversorgung. Auch das ist nichts Neues. Doch alle bekennen sich schauernd auf die Kriegswirtschaft. Aber eine Arbeiterregierung kann ganz anders, nämlich unbürokratisch wirtschaften. Es ist es eine Kleinigkeit, den lebendigen Herren Großgrundbesitzern die Sorge für diejenigen Anbauflächen, die sie brach liegen lassen, weil sie Armen, die keinen für deren Bewirtschaftung nicht aufbringen können, wie sie liegen, abzunehmen und die Bewirtschaftung ländlichen Genossenschaften unter Staatskontrolle und mit Staatsbeiträgen zu übertragen. Die Lebensmittelpreise werden sinken, sowie erst die letzten Geheimnisse der profitorientierten Wirtschafters an Tageslicht gekommen sind (die Geheimnisse des „Auslandszuckers“ z. B., aber der Kartoffelpreise, der Milchproduktion usw.), sehr schnell werden lassen, und die Verteilung ist durch Genossenschaften zu erheben, zu denen die Bevölkerung durch Defizit zwangsmäßig zum gemeinsamen gehören ist. Dieser Zwang ist bestimmt nicht im geringsten hinderlich, als die so viel gereizte allgemeine Dienstpflicht der leidenden Vorkriegszeit oder gar der Vaterländische Hilfsdienst der Kriegszeit.

Hat der Staat diese Monopole in der Hand, und versteht er es, mit ihnen umzugehen, so ist der größte Teil der ungenutzlichen Kräfte beboben. Freilich kann der bürokratische Staat, der Staat der Kapitalisten, nur bürokratische Monopole schaffen. Wer eine Arbeiterregierung, die sich auf die Massen der wertvollen Bevölkerung selbst stützt, schafft Monopole, an deren Funktionieren die Bevölkerung, mit Ausnahme der wenigen Saboteure, denen ihre Profite entziffen werden, interessiert ist. Diese wenigen Saboteure würden würdige Herden der reichlich vorhandenen Gefährliche sein können. Auch das durchzuführen, ist eine Kleinigkeit für eine Regierung, die endgültig mit der Koalitionsopposition, mit

Die Tagung des 4. Weltkongresses

Schluß der Rede Sinowjews und Diskussion über den Bericht der Exekutive

1. Tag der Kongreßverhandlungen

Nachmittagsführung.

Die Sitzung wird um 14 1/2 Uhr eröffnet. Sinowjew trägt den zweiten Teil seines Referats über die Tätigkeit der kommunistischen Internationalen vor. Er führt aus: Die ökonomische Weltlage hat dem dritten Kongreß beträchtlich im großen und ganzen die Tagesordnung gegeben, die wir voriges Jahr beschlossen haben. Es ist ein vorübergehender Aufschwung in Amerika, Japan, England, Frankreich und in anderen Ländern zu verzeichnen. Das ändert jedoch nichts an dem Niedergang des Kapitalismus in Europa. Die wirtschaftliche Lage ist revolutionär. In der internationalen Politik verdrängen sich die Gegensätze täglich. Der Zerfall der Entente geht raschen Schrittes vorwärts. Der Berliner Friedensvertrag zeigt seiner Auflösung entgegen. Der bürgerliche Kapitalismus ist bankrott. Die bürgerliche Demokratie zerfällt. In Italien wurde die Probe aufs Exempel gemacht. Der Schluß der Fajshin ist nicht nur gegen die italienische Monarchie, sondern auch gegen das Regime der bürgerlichen Demokratie überhaupt gerichtet. Es handelt sich hier um eine totale Erziehung. Lebhafte Erörterungen finden wir außerdem, zu in Deutschland und in Ostpreußen. Für die kommunistischen Parteien besteht die Pflicht, die illegale Periode zu überbrücken. Das bedeutet keinen Rückgang der Weltrevolution. Das Charakteristische ist jetzt die allgemein ungeheure Verschärfung der Situation. Kleine Ereignisse können möglicherweise zum Ausgangspunkt für große Ereignisse werden.

Am 17. Oktober war die Wiederholung des Weltkrieges in geistiger Hinsicht gerückt. Vielleicht kommt es jetzt zu keinem Kriege, aber die kommenden Ereignisse werden bereits ihre Schatten voraus auf den anderen Seite werfen eine noch nie dagewesene Stärkung Sowjet-Rußlands. Die neue ökonomische Wirtschaftspolitik ist viel mehr als nur eine Episode. Ihre Urkräfte ist nicht nur die wirtschaftliche Schwäche Rußlands und die politische Schwäche des Weltproletariats, sondern die Verdrängung der wichtigsten Wirtschaftskräfte durch die russischen Proletariats in den Haupt- und Nebenbourgeoisie. Auch andere Länder, selbst die entwickeltesten, werden ähnliche Maßnahmen ergreifen müssen zur Neutralisierung der Kleinbauern und Kleinbürger. Die Kolonien befinden sich im Freiheitskampf. Am 17. Oktober haben wir die Krise. Im selben Augenblick aber steigt der Stern Sowjet-Rußlands immer höher und höher.

Die Offensive des Kapitalis

ist eine internationale Erscheinung. Die Arbeiterfront beginnt, dieser Offensive immer stärker entgegenzutreten. Innerhalb der Arbeiterbewegung ist eine der wichtigsten Erscheinungen die Vereinigung der 2. und 2 1/2. Internationale. Die Bilanz davon ist, daß die 2. Internationale kollabiert in der 2. Internationale aufsteht. Eine vereinigte internationale Internationalen bedeutet immerfort: erstens die Vorbereitung des Welchen Letzten gegen die kommunistischen Parteien; zweitens die Spaltung der Arbeiterfront in unerhörtem Maße.

Wir kämpfen für die Einheit der Gewerkschaften.

Systorisch betrachtet, verliert der Reformismus den Boden unter den Füßen. In den Gewerkschaften wächst immer mehr der Einfluß des Kommunismus. Bevor die Reformisten die Gewerkschaften verlassen schlagen sie sie in Scherben. Sie wollen, daß wir in den Gewerkschaften nur noch Ruinen vorfinden. Die Gewerkschaften sind die einzige große Waffe des Proletariats. Die Spaltung der Gewerkschaften ist in der jetzigen Lage ein Verbrechen, das nicht

mehr, die sozialdemokratische Partei einen Sitz weniger als bisher erringt. Diese Verdrängung im Wahlergebnis ist deswegen von Wichtigkeit, weil sie die WPD außerhalb legt, mit den Demokraten allein eine Regierung zu bilden. Sie muß sich entscheiden: für eine Arbeiterregierung mit den Kommunisten, die wirtschaftlich-proletarische Politik macht — oder für die unerwähnte Stimmkoalition.

Für die Freilassung von Max Hölz

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 17. November.

Die kommunistische Fraktion hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Die Reichsregierung muß befehlen: die Reichsregierung zu erlauben, daß dem Politischen Staatsanwalter behaltend werden, daß angeordnet wird, daß der Strafprozeß gegen den politischen Gefangenen Max Hölz wegen der schweren Verbrechen, die ihm infolge des Strafprozeßes, der Unterbringung in der Tobselle und von anderen körperlichen und seelischen Misshandlungen eingetreten ist, und wegen der sich hieraus ergebenden Sittlichkeitsgefahr sofort unterbrochen wird.

Eine Zentralstelle zur Ausweisung von Kommunisten

Durch die gesamte Presse geht die Forderung, daß im Berliner Volkspräsidium ein besonderes Fremdenamt zur Ausweisung der Ausländer errichtet werden soll. Das Amt ist mit der Befugnis ausgestattet Ausweisungen vorzunehmen, es ist der Abteilung la des Volkspräsidiums angegliedert worden. Dieses Amt ist ganz offenbar nur deswegen errichtet worden, um auf all diejenigen Ausländer Druck zu machen, die es wagen, in Deutschland der kommunistischen Partei anzugehören. Jeder ausländische Schieber und Wucherer wird nach wie vor Anwartschaftsbewilligung in Berlin erhalten, und ferner der 200 000 weisgarthilichen Rußen in Berlin wird befristet oder ausgewiesen werden. Diese Ausländer können sich in Deutschland dreist machen, da sie das Wohl des kapitalistischen Vaterlandes nicht gefährden.

Eine ge'heiterte Hehe

Die bürgerliche Presse bringt Mitteilungen über das Treiben des Bundes „Oberland“, einer benachteiligten reaktionären Nordorganisation in Bayern, deren führende Mitglieder so offenkundig zu gemeinen Verbrechen aufzufordern, daß sogar die bayrische Regierung wohl oder übel von ihnen abriden mußte. Am nun den Bund, den man nun doch einmütig fallen lassen muß, wenigstens noch allen Kleinbürgern möglichst schmerzhaft zu machen, verbietet man jetzt Schauerrednern von Verbindungen zwischen dem Bund und — den Kommunisten. Das gibt Stoff zur Ablehnung der alten Melodie: „Rechts und Linksobwohl“. Jeder ist man mit der ganzen Seele aber bereitwillig. Der einzige „Kommunist“, dessen Name nämlich im Zusammenhang „Oberland“ genannt wird, ist der bayerische Landtagsabgeordnete Otto Grai, jener Mitglied der WPD. Dieser Grai, ein ibles Subjekt, stand letz langem bei unieren bayerischen Genossen im Verdacht unaußerer Wädenschaften. Er wurde fallgelteit und wanderte deshalb zur WPD ab. Die WPD hat die Ausweisung eine große Freude haben dürfte. Im baltischen WPD-Bund haben die „Lügen-Ka-parek zu seinem Lebewohl nicht die Möglichkeit haben, in das allgemeine Konzert von den „Rechts- und Linksobwohl“ mit einzutreten, wenigstens nicht im Falle „Oberland“.

Der Dollar heute vormittag 6650 Mark

größer ist, als der Bericht im Kriege. Die Reformisten sind betrübnische Politiker. Die Einheitsfrontpolitik ist in beiden Vage keine revolutionäre Maßnahme, sie ist vielmehr eine Maßnahme gegen die Spaltung.

Die Lösung des dritten Kongresses war die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht. Die Einheitsfrontpolitik ist das beste Mittel dazu. Die einzige Stütze der Arbeiterklasse ist in der demokratischen Bewegung die Arbeiterfront. Die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats entscheidet unter Sieg schon manche Erfolge sind mit der Taktik der Einheitsfront erzielt worden. Unsere Aufgabe ist es, die Gewerkschaften zu teilen. Die Taktik der Einheitsfront begegnet in unseren eigenen Reihen keinen Schwierigkeiten. Die gewählten Opponenten gegen die Taktik der Einheitsfront antworten heute: Wir machen die „Einheitsfront“. Wer den Arbeiter helfen will, muß auf politischen und ökonomischem Gebiet die Einheitsfront herbeiführen.

Die Frage der Arbeiterregierung

kommt nur in den Ländern in Betracht, wo die Regierung übernahm durch die Arbeiterfronten aktuell geworden ist. Die Arbeiterregierung ist die konkrete Anwendung der Einheitsfront; sie wird sich nur ausnahmsweise verwirklichen lassen. Die Arbeiterregierung ist keine notwendige organische Übergangsperiode, sie erfolgt nicht die Diktatur und kann die beiden des Bürgerkrieges nicht vermeiden. Die kommunistischen Kräfte in den Ländern und den Betriebsräten sind der Maßstab für den Einfluß der kommunistischen Partei. Eine Partei, die nicht verliert, eine Arbeiterbewegung zu entziehen, verliert auch nicht, große Massenbewegungen zu machen. In der gegenwärtigen Lage müssen wir die wichtigsten Disziplin verlangen. Schwere Kämpfe haben uns bei der Arbeiterfront nicht notwendig. Die russischen Arbeiter haben nicht gelitten. Unsere Arbeiter werden es leichter haben, zu finden schon die Unterführung von einem Geschick der Welt. Wir müssen immer betonen, daß der Welt Sieg durch Leiden führt. (Stürmischer Beifall.)

Diskussion.

Waltauer von der tschechoslowakischen Opposition polemisiert gegen die Annahme Sinowjews, als wäre die Haltung der tschechoslowakischen Partei in der Frage der Einheitsfront maßgebend. Die Opposition der tschechoslowakischen Partei hat keinen Disziplinbruch begangen.

Reyer (Deutschland) billigt das Vorgehen der Exekutive. Er erklärt sich gegen die tschechoslowakische Opposition und begrüßt die Kontrolierung der Frage der Arbeiterregierung.

Barga führt aus, daß die Menschheit frei sein will mit dem Hunger kämpfen; sie behaupten, die Diktatur sei gleichbedeutend mit Not und Elend. Das russische Beispiel beweist das Gegenteil. Unsere Pflicht sei es, der Hungerleidende ein Ende zu bereiten.

Wuth jüdisch behauptet, der Fehler der Einheitsfrontpolitik sei der, daß zuviel Gewicht gelegt werde auf Verhandlungen mit den Spigen. Während der Kampagnen-Kampagne habe die Partei nicht ihr eigenes Gesicht gezeigt. Der 4. Kongreß müsse die Internationale von dem Opportunismus befreien.

Reuencourt (Belgien) führt aus: Die alte Opposition in der tschechoslowakischen Partei habe gegen Smeral's Verdrängungsakt gekämpft. Smeral habe sich unterworfen und arbeite jetzt loyal mit der Partei. Die neue Opposition behauptet, Smeral wolle Minister werden. Auf der Reichstagskonferenz der tschechoslowakischen Partei konnte die Opposition ihre Beschwerden nicht bewahren. Ihr Wunsch ist nicht übereilt gemacht.

Ende der Sitzung gegen 5 Uhr nachmittags.

Eine neue Sowjetrepublik!

Moskau, 15. November.

Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur aus Tiflis hat die Gehegehende Körperschaft der Republik des Armen Otkens nach eingehender Besprechung der Lage ein stimmig den Beschluß gefaßt, sich aufzulösen und die Vereinigung mit Sowjet-Rußland zu vollziehen. Es werde ein aus sieben Mitgliedern bestehender revolutionärer Ausschuß errichtet und fälschlich Belegte zum Russischen Reich ernannt. Die Bevölkerung begrüßt diese letzte Aktion der Gehegehenden Körperschaft mit Begeisterung.

Nach der Befreiung des fernöstlichen Gebiets von dem Druck der japanischen Imperialisten hat sich nun die wertvolle Bevölkerung für die Gemeinverteilung erklärt. Es ist wohl der erste Fall in der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß eine Gemeinverteilung auf verfassungsmäßigem Wege, durch allgemeines Wahlrecht entsteht.

Die Faschisten beseitigen den Achtstundentag

Rom, 16. November.

Ein Dekret der Faschistenregierung verkündet, daß der Grundloß des Achtstundentages für alle Arbeiterkategorien einschließlich der Eisenbahner abgeschafft werden soll. Wie bekannt, will Mussolini eine Arbeitserneuerung einführen.

Die Faschisten führen die Aufgabe der Schweißindustrie, deren Kampfruppe sie sind, prompt aus. Nach der Einschränkung der Einsatzkräfte, nach der Sicherung der Eisenbahnen, der Industrie und nach Abschaffung aller Forderungen und Verbordnungen, die den unbeschränkten Profit auch nur im mindesten Wache beschränken könnten, soll nun der Achtstundentag abgeschafft werden. Es ist zweifelhaft, ob die italienischen Arbeiter, wenn ihre Organisationen durch den Faschisten Terror und den reformistischen Betrug auch noch so geschwächt sind, diesen Anschlag ohne Widerstand hinnehmen werden.

Die Hauptrolle der Reformisten in dieser tragischen Situation der italienischen Arbeiterklasse ist aber auch weiter, wie in Deutschland, wo sie in ähnlicher Situation die Stimmkoalition vorbereiten, die kommunistische, wobei sie auch vor der Spaltung der gewerkschaftlichen Organisationen nicht zurückstehen. Das Zentrumskomitee des Gewerkschaftsverbandes fasste, wie „Avanti!“ berichtet, zwei Beschlüsse, die direkt auf die Spaltung hinausgingen. In diesen Beschlüssen wird die Arbeit der revolutionären Komitees innerhalb der Gewerkschaften verboten und erklärt, daß die Angehörigen an eine andere als die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit der Gewerkschaftsmittelbehörde unvereinbar sei. „Avanti!“ protestiert auf das entschiedensten gegen diese Aninnen und fordert, daß ein allgemeiner Gewerkschaftskongreß über diese Fragen entscheiden soll.

Kommunistische Reichswehrsoldaten ins Gefängnis! In Nürnberg wurden drei Reichswehrangehörige Soldaten des dortigen Reiterregiments, zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die einzige Straftat der drei Soldaten bestand darin, daß sie sich als Mitglieder in die kommunistische Partei hatten aufnehmen lassen. Es ist den Reichswehrsoldaten verboten, Mitglieder einer politischen Partei zu sein. Bisher ist aber noch nicht bekannt geworden, daß auch nur ein einziger der diesen Reiterregiment der Reichswehr bestrahlt worden sei, die Mitglieder reaktionärer Organisationen sind.

Die führender Bourgeoisie will zu Dreifachhauern. Wie des „Bamberger Tageblatt“ mittelt, soll zwecks Aufschlusses an Bayern in Weiningen eine Volksabstimmung stattfinden, die von einem vorbereiteten Ausschuß mit einem Aufruf an die Weiningen angeführt wird.

den Ausbeutern getrocknet hat und sich nur auf die wertvolle Bevölkerung stützt.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die kleinen Gewerbetreibenden, kleinen und mittleren Bauern, Beamten usw. bei derzeitigen Staatsmonopolen nur zu gewinnen haben. Der Staat kann sie zu Genossenschaften zusammenfassen, ihnen Kredite gewähren, ihren Existenzmöglichkeiten geben, während sie heute entweder am Hungerstich nagen oder Schieber- und Schwindelgeschäfte treiben müssen, für die sie abgefaßt werden, weil die großen Wucherer es gern haben, wenn die Kleinen geknagt werden, während sie — weil die Aufwärtstendenz durch den Karm abgefaßt ist — desto schamloser wüsten können.

All das wird der Reichsbetriebsrätekongreß laut aussprechen können.

75 Prozent Wahlbeteiligung zum Reichsbetriebsrätekongreß (Eigene Drahtmeldung)

Hannover, 16. November. Auf der „Continental“ in Hannover fand am 13. und 14. November die Wahl zum Reichsbetriebsrätekongreß statt. Von der 10 000 Mann starken Belegschaft haben 7648 Mann sich durch Stimmzettelabgabe für den Kongreß erklärt. Von den 7648 Stimmzetteln waren 183 unguiltig, lo daß die Wahlbeteiligung rund 75 Prozent betrug.

Die Arbeiter haben also trotz der seit Monaten andauernden Heise von Seiten der Gewerkschaften und des „Volksstimme“ sich mit übermäßiger Mehrheit für den Kongreß erklärt. Sie sind in der maßgebenden Mehrheit eines starken Kampfbewußtseins der niederschläglichen Arbeiterfront sich stellend vorantagend. Möge das Proletariat daraus lernen und überall dort, wo die Wahlen noch nicht stattgefunden haben, diese unverzüglich vornehmen.

Dies Wahlergebnis in dem größten Betrieb Hannovers ist um so wichtiger, als Hannover-Stadt eine Hochburg der WPD darstellt.

Leuerungstrawalle in Holzwinden (Eigene Drahtmeldung)

Holzwinden, 17. November. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ ist es am Dienstag in Holzwinden am Dienstag zu Krawallen gekommen. Wegen wucherlicher Preise für junge Schweine wurde die Menge lo empört, daß sie sich auf die Händler stürzte.

Ein Marktenbrot 300 Mark (Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 17. November. Anfang Dezember wird der Preis für das zweite Umlagengetreide wirksam werden. Er dürfe auf 300 Mark hinaufgehen. In Berlin haben die Bäcker der freien Vereinigung in einer Resolution die Entscheidung der Reichsregierung am 13. November angenommen, da es die Erzeugung gefährdet. Die sozialistische Partei aber verlangt die Aushebung der gesamten Getreidemenge.

Neue Gehaltsverhandlungen für Beamte und Staatsarbeiter

Berlin, 16. November.

Zu den Meldungen, die in der Presse erschienen, daß sich in den Beamtenorganisationen eine Unruhe bemerkbar macht über die Verzögerung der Gehaltsverhandlungen, erzählt die „Leipzigener Zeitung“ von ähnlicher „Unruhe“ der Arbeiter. Die Regierung ist am Anfang die er zuzugewandene Verprechen, zu Anfang der nächsten Woche, spätestens am Dienstag, die Verhandlungen aufnehmen wird.

Die Not der Wissenschaft (Eigener Bericht)

Berlin, 16. November. Während man sich in den Fraktionen über die in Aussicht genommene Wahl eines Kommissars zum Reichspräsidenten unterhielt, plätschete im Plenum des Reichstages vor deren Händen die Debatte über die Not der Wissenschaft weiter. Für die Sozialdemokratie sprach Dr. Wollers. Es ist bekannt, daß in der deutschen Wissenschaftskrise für Fortschritt und ähnliche als Preise ausgezahlt werden, während die Wissenschaftler, z. B. das Institut für Biologie in Berlin, aus Geldmangel zu Grunde gehen. Die Haltung der Regierung ist unbefriedigend. Man sollte die Wissenschaft für die Wissenschaft streichen und die Mittel der nichtlebenden deutschen Wissenschaft zur Unterstützung zur Verfügung stellen.

Nachdem ein deutschlandischer Redner die Frage der Wissenschaft mit einigen Auslassungen gegen die Republik gestellt hatte und der Redner der Reichsregierung die Verantwortung für die Not der Wissenschaft übergeben hatte, trat der Demokrat Dr. S. Böhm besonders für die Studentenhilfe ein.

Als nächster Redner betonte Genosse Heydemann (WPD), daß dieses laut sei im Staats Vater Oberis. Er gab eine Fülle von Beispielen der kapitalistischen Ausbeutung für überhöhten Zweck, während die gelittenen Arbeiter ebenfalls die proletarischen Arbeiter im Elend zu sehen. Er verlangte, daß es nur eine Schicksalsgemeinschaft gebe, die der kumpelnden Proletariat und der hungernden Geistesarbeiter. Was man hier vor ihrem Hause während der Regierungskrise mime, sei nur ein Stütz Utopie und Scheitern. Das Bildungsmonopol der Beherrschenden muß gebrochen, die freie Schule erst geschaffen werden. Es kommt der Tag, wo sich die physische und geistige Arbeit von dem Kapitalismus befreit. (Beifall bei den Komm.)

Nach einer kurzen Rede Dittmanns (USPD) und dem zusammenfassenden Schlußwort des Interpellanten Dr. Kleiber (Zentrum) verlas das Haus nach 7 Uhr auf Freitag nachmittags. Ein Antrag uneres Genossen Koenen, außer der zweiten Lesung der Aenderung der Geschäftsordnung, daß die kommunistische Interpellation betreffs Ausweisung der inhaftierten italienischen Arbeiter nach und nach vorgetragen werden, wurde abgelehnt. Es wurde nach dem Vot. H. G. (USPD) bagegen und Leber (USPD) lebhaft dafür gesprochen hatten, unter anderem vom selben Genossen der Mehrheit abgelehnt, die Proletariatelernen ruhig den Faschisten zur Ermordung hinwirft.

Arbeiterregierung oder Stimmkoalition in Sachsen

Dresden, 16. November.

Heute nachmittags wurde auf der Kreisversammlung Dresden das amtliche Wahlergebnis für das ganze Land Sachsen festgestellt. Im Lande Sachsen wurden insgesamt 2 587 589 Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf die Deutschnationalen 482 056, Wirtschaftspartei 5187, Deutsche Volkspartei 474 297, Sozialdemokraten 1 060 849, Zentrum 82 808, Kommunisten 207 700, Deutschnationalen 11 388, Demokraten 214 190 Stimmen. Die Zahlen bedeuten eine erhebliche Veränderung gegenüber dem vorläufig festgestellten Ergebnis, die sich auch bei der Verteilung der Sitze bemerkbar macht. Es entfallen auf die Deutschnationalen 19 Sitze, Volkspartei 19 Sitze, Sozialdemokraten 40 Sitze, Kommunisten 10 Sitze und Demokraten 8 Sitze. Die Volkspartei erhält also einen Sitz

Ausland

Neuer Wahlerfolg der französischen Kommunisten
Aus Paris wird gemeldet: Bei den Kommunalwahlen in...

Erfolgreicher Kampf der amerikanischen Lederarbeiter
Wie aus Newport gemeldet wird, hat der Verband der Leder...

Aus der Partei

Kopbach-Zustiz
Herr Kopbach, der bekannte Organisator von Umsturzorgani...

Ein kommunistischer Bürgermeister. In der Gemeinderats...

Organisatorische Erfolge in Chemnitz. Auf der Tagung des...

Vom Tage

Ein „Kinderfänger“ mit 20 Millionen Mark flüchtig. Eine...

Einschreie erschienen auf dem Schloß des Grafen v. Eichstädt...

Aus der Provinz

Der Stahlhelmbund unter dem Schutze der Raumburger Justiz

Wegen Verleumdung des Stahlhelmverbandes hatte sich...

So etwas kann natürlich nur in Raumburg passieren, der...

Die neuen Löhne der Ruhr-Bergarbeiter

Ein neuer Betrug an den Bergarbeitern

Die Löhne der Bergarbeiter des Ruhr-Bergbaus haben für Ok...

Der Referent Schmidt vom VAB, stellte auf der Konferenz am...

Als zweite Forderung war aufgestellt: Weitere Lohnzulage für...

So mit also 1126 Mk. weniger

Da nach den Vorellendungen die Vertreter der Bergarbeiter...

„Na, das läßt sich hören! Das haben unsere Geisler mal wieder...

Wie auf Kommando hat das Reichsarbeitsministerium den...

Die Arbeiter haben die sogenannten Arbeitervertreter über...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Ammerden, Gosslau! Der Dofler ist in wenigen Wochen auf...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Ammerden, Gosslau! Der Dofler ist in wenigen Wochen auf...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Ammerden, Gosslau! Der Dofler ist in wenigen Wochen auf...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

früheren Termins für die Lohnerhöhung verstreichen lassen...

Wie auf Kommando haben sich diese Bergarbeiter mit den...

Als wir bei der Wählung des Schlichters durch die Berg...

Die historische Erfahrung hat deutlich genug gelehrt, daß alle...

Wir fragen die Führer des Bergarbeiterverbandes, weshalb sie...

Wir fragen die Führer des VAB, die fälschlich mit der organi...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Ammerden, Gosslau! Der Dofler ist in wenigen Wochen auf...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Ammerden, Gosslau! Der Dofler ist in wenigen Wochen auf...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Ammerden, Gosslau! Der Dofler ist in wenigen Wochen auf...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Ammerden, Gosslau! Der Dofler ist in wenigen Wochen auf...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Ammerden, Gosslau! Der Dofler ist in wenigen Wochen auf...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Bildungsstunde

In der Woche vom 19 bis 25 November finden in folgenden...

Elternabend: Montag, den 20. November, abends 7 Uhr, in der...

Schulabend: Montag, den 20. November, abends 7 Uhr, in der...

Volksheim: Montag, den 20. November, abends 8 Uhr, im...

Marienberg: Dienstag, den 21. November, abends 7 Uhr, in der...

Wagners Restaurant, Poststraße. Referent Genosse Otto...

Zeig: Mittwoch, den 22. November 1922, abends 7 Uhr, in...

Zeig: Mittwoch, den 22. November 1922, abends 7 Uhr, in...

Wittenberg: Donnerstag, den 23. November, abends 8 Uhr, in...

Die Kurse werden überall pünktlich beginnen. Es ist Pflicht...

Schönfeld. Die Stadtverordneten beschließen in ihrer...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Ammerden, Gosslau! Der Dofler ist in wenigen Wochen auf...

Die Arbeiter haben am Sonntag in überfüllten Versamm...

1. Sofortige Vermittlung von 20.000 Mk. für jeden Bergarbeiter...

2. Erhöhung des Schichtlohnes ab 15. November auf das Dreifache...

3. Sofortiger Abrüstung der Wehrindustrie.

4. Sofortiger Austritt aus der Betrugsgemeinschaft mit den...

Provinz-Chronik

In einer der letzten Nächte wurde bei Frau Noa in Golpa ein...

Jugendbewegung

Unterlegt Deligisch-Bitterfeld. Der am Sonntag, dem 5. November in Bitterfeld...

Tagesordnung

- 1. Bericht über die einzelnen Ortsgruppen.
2. Kinderabend und dessen Wünsche. (Weiste-Steppin.)
3. Die Schule im Heute und in der kommunistischen Gesellschaft...



